



N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, 22. Oktober 2024, um 18:00 Uhr, in der Ratsstube

Vorsitz:

Bürgermeister Dr. Christian Margreiter

anwesend:

1. Bgm-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Julia Schmid

2. Bgm-Stv. DI Dr. Werner Hackl, BSc.

StR Johannes Tilg, B.A.

StR Daniel Neuner

StRⁱⁿ Theresa Schatz

StRⁱⁿ Barbara Schramm-Skoficz

GRⁱⁿ Sabine Kolbitsch

GR Mag. Michael Schober

GR Florian Staudinger

Ersatz-GR DI (FH) Thomas Erbeznik

Vertretung für Herrn GR Dr.jur.
Christian Visintiner

GR Ing. Dieter Schirak

GRⁱⁿ Monika Bucher-Innerebner

Ersatz-GR MMag. Nicolaus Niedrist, BSc.

Vertretung für Herrn GR Christoph
Sailer

GR Benjamin Hinterholzer

GRⁱⁿ Manuela Pfohl, BScN MSc

GRⁱⁿ Angelika Sachers

Ersatz-GRⁱⁿ Jacqueline Katharina Bilic

Vertretung für Herrn GR Florian
Katzengruber

GRⁱⁿ Irene Partl

GR Michael Henökl

GR Mag. (FH) Thomas Viertl

abwesend:

GR Dr.jur. Christian Visintiner	entschuldigt
GR Christoph Sailer	entschuldigt
GR Florian Katzengruber, BSc MA	entschuldigt
Ersatz-GR Daniel Seiwald	Vertretung für Herrn GR Florian Katzengruber - entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Anna Schramm	Vertretung für Herrn GR Florian Katzengruber - entschuldigt

Protokollunterfertiger:

StR Neuner, GR Partl

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Dr. Bernhard Knapp

Bürgermeister Dr. Margreiter eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

T a g e s o r d n u n g

1. Austritt aus dem Tiroler Gemeindeverband
2. Kündigung des Musikschulvertrages 2008 mit den Vertragsgemeinden betreffend die Städtische Musikschule Hall in Tirol
3. Anträge, Anfragen und Allfälliges

zu 1. Austritt aus dem Tiroler Gemeindeverband**ANTRAG:**

Der Gemeinderat beschließt, aus dem Verein „Tiroler Gemeindeverband“ mit Wirksamkeit zum Ende des laufenden Kalenderjahres auszutreten.

BEGRÜNDUNG:

Die Herausforderungen, vor denen der Tiroler Gemeindeverband (TGV) insbesondere auch in finanzieller Hinsicht steht, sind bekannt. So ergeben sich aufgrund der Insolvenzverfahren der GemNova-Unternehmensgruppe mit kolportierten Außenständen bis zu EUR 10 Mio. auch haftungsrechtliche Fragestellungen. Im Zusammenhang mit den finanziellen Herausforderungen des TGV wurden die jährlichen Beiträge der Stadtgemeinde Hall in Tirol – wie vom Tiroler Gemeindetag als Generalversammlung des TGV für alle Mitgliedsgemeinden beschlossen – für die Jahre 2023 und 2024 um EUR 2,- pro Einwohner*in (gedeckt mit 10.000 Einwohner*innen) erhöht.

Ansonsten beträgt der Mitgliedsbeitrag EUR 1,35 pro Einwohner*in (gedeckt mit 10.000 Einwohner*innen).

Der TGV bezeichnet sich als Interessenvertretung der Tiroler Gemeinden mit dem Zweck, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, die Mitglieder in allen grundsätzlichen kommunalen Fragen zu beraten und Beziehungen zu ähnlichen Vereinigungen des In- und Auslandes zu pflegen. Der TGV ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist. Die Tätigkeit soll dem Gemeinwohl auf geistigem und kulturellem Gebiet dienen.

Zur Erreichung seines Verbandszwecks bedient sich der TGV laut Statuten insbesondere folgender Mittel bzw. Maßnahmen:

- Vertretung kommunalpolitischer Interessen bei Landes- und Bundesdienststellen
- Wahrung der Interessen der Gemeinden bei Erlassung von Gesetzen und Verordnungen sowie Vereinbarungen nach Art. 15a B-VG, durch die allgemeine Gemeindeinteressen berührt werden
- Mitwirkung in allen Tiroler Einrichtungen, ohne Rücksicht auf die Rechtsform, soweit durch ihren Tätigkeitsbereich Interessen der Gemeinden berührt werden
- Beteiligung bei Gesellschaften (oder Gründung von Gesellschaften), die den Zweck des Verbandes fördern
- Unentgeltliche Beratung einzelner Mitglieder in Rechts-, Steuer-, Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten
- Vertretung einzelner Mitgliedsgemeinden bei Behörden
- Herausgabe eines Verbandsorgans sowie Beistellung aufklärender Druckschriften über alle den Verbandszweck betreffenden Angelegenheiten
- Durchführung von Schulungen, Tagungen, Seminaren und sonstigen zweckentsprechenden Veranstaltungen
- Pflege von Kontakten und Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene mit nationalen und internationalen vergleichbaren Organisationen
- Einrichtung und Führung einer Geschäftsstelle

Beim bevorstehenden Gemeindetag des TGV am 23.10.2024 soll eine Änderung der Vereinssatzung genehmigt werden. Im Vorfeld hat Herr Bürgermeister Dr. Margreiter – auf Grundlage des übermittelten Entwurfs der neuen Satzungen – gegenüber dem Herrn Präsidenten des TGV moniert, dass demnach wesentliche Inhalte keine Änderung erfahren sollen.

So ist der Vorstand eindeutig als das Leitungsorgan des Tiroler Gemeindeverbandes im Sinne des Vereinsgesetzes zu qualifizieren. Insbesondere haften die Mitglieder des Leitungsorgans auch für die in diesem Zusammenhang ordnungsgemäße Vereinsgeschäftsführung. Es erscheint illusorisch, wenn ein derartiges Leitungsorgan aus über 30 Mitgliedern besteht, eine Anzahl, die von vornherein eine ordnungsgemäße Geschäftsführung sehr fraglich erscheinen lässt; dies umso mehr, als sich dieser Vorstand lediglich zumindest vier Mal zu Sitzungen treffen muss, wobei angesichts der großen Anzahl von Vorstandsmitgliedern bereits diese vier Termine nur schwer von allen Vorstandsmitgliedern wahrgenommen werden können. So wäre es wesentlich sachgerechter, das Leitungsorgan mit beispielsweise fünf Mitgliedern zu besetzen, die dann auch effektiv in der Lage sind, ihre Leitungsfunktion wahrzunehmen. Das, was derzeit als Vorstand konzipiert ist, könnte gegebenenfalls als Beirat fungieren.

Zum Präsidium hat Herr Bürgermeister Dr. Margreiter ausgeführt, es sei nicht nachvollziehbar, in heutiger Zeit, da immer mehr Namenslisten die Bürgermeister*innen stellen, der bei der Bürgermeisterwahl stärksten und zweitstärksten Partei (welche im Tiroler Landtag bzw. Nationalrat vertreten sind) bei der Bestellung von Vizepräsidenten ein Privileg einzuräumen. Dies erscheint sachlich unbegründet und gestrig.

Ebenso sachlich nicht gerechtfertigt erscheine es, den Gemeinden unabhängig von ihrer Größe das gleiche Stimmengewicht zuzuerkennen. Hier erscheine eine Regelung wie im Österreichischen Städtebund viel sachgerechter, als Kriterium für das Stimmengewicht auch die einwohnermäßige Größe der Gemeinde und damit die Beitragsleistungen und die Anzahl der betroffenen Bürger*innen ins Kalkül zu nehmen. Im Hinblick auf die vorgesehenen Stimmrechtsregelungen könnten darüber hinaus kleine Gemeinden große Gemeinden durchaus „vor sich hertreiben“. Auch die sogenannte Deckelung (der Beitragsleistung mit maximal 10.000 Einwohner*innen) könnte auf Grund der geltenden Regelungen mit einfacher Stimmenmehrheit von jedem Gemeindetag aufgehoben werden.

Bei Beschluss des Statuts in der vorgelegten Form sei ein Weiterverbleib der Stadt Hall als Mitglied im TGV nicht mehr zu rechtfertigen bzw. verantworten.

Im vorliegenden Entwurf der neuen Satzungen wurde keines dieser Argumente berücksichtigt – es soll offenkundig alles so weitergehen, wie bisher.

Ein Austritt aus dem TGV lässt für die Stadtgemeinde Hall in Tirol – mit Blick auf die oben genannten Mittel bzw. Maßnahmen zur Erreichung des Verbandszwecks – keine nachhaltigen Nachteile erwarten. So wird der TGV die allgemeinen kommunalpolitischen Interessen der Tiroler Gemeinden unabhängig davon vertreten. Die Beratung und Vertretung einzelner Gemeinden ist insbesondere für kleine Gemeinden relevant, welche über keinen spezialisierten Verwaltungsapparat verfügen. Nicht unbedingt für die Entscheidung, aber für den städtischen Haushalt relevant ist, dass bei einem Austritt künftig keine Mitgliedsbeiträge an den TGV gezahlt werden müssen. Gegebenenfalls könnte innerhalb der Kündigungsfrist der Austritt auch widerrufen werden.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Bgm. Margreiter verweist darauf, dass es sich um eine etwas besondere Gemeinderatssitzung handle. Nicht nur auf Grund der kurzfristigen Einberufung, sondern auch weil sie im historischen Ratssaal stattfinde. Das Thema sei ebenso kein alltägliches, weil es sehr diskussionswürdig sei. So gehe es um den Austritt aus dem Tiroler Gemeindeverband. Er sei grundsätzlich ein Fan von Interessenvertretungen. Es sei gut, sich zusammenzuschließen und gemeinsame Interessen zu vertreten. Er verweise auf das Beispiel der Gewerkschaften, wobei es für spezielle Bedürfnisse gesonderte Gewerkschaften gebe. Hall sei einerseits Mitglied im Österreichischen Städtebund und andererseits beim Tiroler Gemeindeverband (TGV), welcher ein privater Verein, nach dem Krieg gegründet, sei. Es handle sich um eine Serviceeinrichtung für Gemeinden auch in rechtlichen Belangen. Es habe hier jedoch eine fatale Entwicklung gegeben. So sei die GemNova DienstleistungsGmbH ursprünglich als Einkaufsgemeinschaft gegründet worden, ein Projekt, das schlussendlich entgleist sei und zur Insolvenz geführt habe. Die GemNova DienstleistungsGmbH sei eine Tochter des Tiroler Gemeindeverbandes (TGV). Es habe diesbezüglich katastrophale Entscheidungen der TGV-Führung gegeben, sodass nun der TGV selbst in eine finanzielle Misere hineingeschlittert sei. Haftungen seien übernommen worden zu einem Zeitpunkt, als die Insolvenz absehbar gewesen sei. Der TGV sei nach wie vor selbst in seiner Existenz bedroht. Hier sei auch Vertrauen verloren gegangen, sowohl bei der Bevölkerung als auch bei Mitgliedern wie der Stadt Hall. So habe es geheißen, der TGV werde mit entsprechenden Statutenänderungen auf neue Beine gestellt. Er habe sich da eingebracht, und ihm sei zugesagt worden, eingebunden zu werden. Dies sei nicht geschehen. Er habe Ende April oder Anfang Mai den Entwurf für neue Statuten erhalten und keine inhaltlich relevanten Änderungen festgestellt. So gebe es nach wie vor zusammen mit dem Präsidium einen über 30-köpfigen Vorstand, wobei aus seiner Sicht die Vorstellung absurd sei, dass hier wesentliche Entscheidungen

getroffen werden könnten. Die Führung müsse eigentlich dem Präsidium obliegen. Je größer ein Gremium sei, desto leichter sei es manipulierbar. Der frühere Präsident habe offenbar schalten und walten können, und das sei abgenickt worden. Die Vorstandsmitglieder würden haften: Wenn sie unentgeltlich agieren würden, für grobe Fahrlässigkeit, wenn sie entgeltlich agieren würden, für leichte Fahrlässigkeit. An Stelle des 30-köpfigen Vorstands wäre hier ein Beirat wohl besser. Es sei unverständlich, dass nach wie vor zwei der drei Vizepräsidenten parteipolitisch besetzt werden sollten. Das sei überkommen, stattdessen solle hier eine absolut freie Wahl möglich sein. Besonders stoße ihm als Vertreter der Stadt Hall und der Haller Bevölkerung auf, dass Hall die gleiche Stimmengewichtung habe wie eine Kleingemeinde. In Hall würden Entscheidungen über 15.000 Leute betreffen, in Kleinstgemeinden vielleicht 200. Trotzdem zahle man einen erheblich höheren Mitgliedsbeitrag. Im Städtebund hätten größere Städte auch eine höhere Stimmengewichtung als kleine. Er habe seit dem Beginn seiner Tätigkeit als Bürgermeister mehrfach den TGV schriftlich kontaktiert und keine Rückmeldungen erhalten, was die Wertigkeit zeige. Er sehe unter den gegebenen Vorzeichen keinen Grund für eine weitere Mitgliedschaft. Umso mehr, als man ab dem nächsten Jahr € 1,- pro Einwohner mehr an Mitgliedsbeitrag im Zusammenhang mit Bauarbeiten beim Objekt des Gemeindeverbandssitzes zu zahlen habe. Und das in Zeiten, wo jede Gemeinde jeden Euro mehrfach umdrehe. Er mutmaße, dass womöglich eine „Kriegskasse“ gebildet werde im Hinblick auf die drohenden Forderungen des Masseverwalters der GemNova-Gruppe, und rechne damit, dass dann nochmals Erhöhungen des Mitgliedsbeitrags im Raume stünden. Ein Austritt solle jetzt mit Ende 2024 erklärt werden. Sollte der TGV die Zeichen der Zeit erkennen, könne ein Austritt gegebenenfalls bis Ende 2024 widerrufen werden. Wenn jetzt kein Austritt erklärt werde, werde ein Austritt in weiterer Folge erst mit Ende des Jahres 2026 möglich sein. Wenn das Thema Solidarität angesprochen werden sollte, so leiste die Stadt diesbezüglich genug Beiträge. So werde von den Ertragsanteilen der Stadt jährlich ein Betrag von über € 2 Mio. abgezogen, welche in den Gemeindeausgleichsfond fließen und kleineren Gemeinden zugutekommen würden. Aus seiner Sicht sei es der richtigere Weg, im Städtebund weiter zu gehen, und dort zu versuchen, eine Vereinsstruktur für die Landesgruppe Tirol zu schaffen. Dort seien vierzehn Gemeinden durch ihre Bürgermeister:innen vertreten und würden an die 400.000 Bürger repräsentieren, das bedeute auch eine entsprechende Schlagkraft.

GR Bucher-Innerebner bringt vor, die Thematik sei bereits in zwei Gemeinderatssitzungen behandelt worden. Sie stimme dem Bürgermeister vollinhaltlich zu. Man sei für die eigenen Bürger*innen verantwortlich. Es sei immer noch nicht klar, wie viel Geld seitens des TGV noch in die GemNova fließen werde.

GR Hinterholzer teilt die Meinung des Bürgermeisters. Eine Gewerkschaft setze sich auch beim Bund ein. Das passiere hier nicht. Da sei schon viel Geld geflossen, und es sei ungewiss, wie viel mehr noch fließen solle. Die gegenständlichen Statutenänderungen würden zeigen, dass offenbar kein Wille bestehe, etwas zu ändern.

StR Tilg äußert, er habe die Argumente gehört und verstehe diese teilweise auch - und einen gewissen Groll. Und dass man nach einem Austritt strebe. Ihm fehle es aber an Alternativen. Er wolle zunächst aufzeigen, was und welche positiven Wirkungen für die Stadt der TGV bringe. Immerhin würden Ende Oktober 276 Gemeinden für die Statutenänderungen stimmen und damit im Verband bleiben. Der TGV vertrete die Interessen der Stadt Hall gegenüber dem Land, dem Bund und auf anderen Ebenen. Das stärke die Position der Stadt auf allen politischen und administrativen Ebenen. Wenn man austrete, wisse er nicht, wer das sonst machen würde. Man habe einen Informationsaustausch, das Netzwerk. Der TGV biete eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen und von Best Practice Beispielen. Ja, man habe eine eigene Rechtsabteilung, was andere Gemeinden nicht hätten. Mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages könne man aber die bereits vorher gemachten Leistungen, wie bei

anderen Sozialpartnern wie der Gewerkschaft oder der Wirtschaftskammer auch, jederzeit abrufen. Es gebe die Möglichkeit für regelmäßige Fortbildungen und Beratungen für die Verwaltung. Das steigere die Qualität der Verwaltung und der Dienstleistungen. Ein weiterer Punkt seien gemeinsame Projekte und Initiativen, weil der TGV solche koordiniere. Das könne für die Stadt Hall finanziell wie auch organisatorisch von Bedeutung und von Vorteil sein. Themen wie beispielsweise das Klimaticket seien vom alten TGV-Vorstand eingebracht worden. Der jetzige neue Vorstand habe schon gute Arbeit geleistet und es gebe eine Möglichkeit der Refundierung über den VVT. Da habe es vom TGV eine Aufforderung an die Gemeinden gegeben, zu melden, wie viele Klimatickets angeschafft worden seien, und man habe geschaut, ob man etwas refundieren könne. Witzigerweise sei von der Stadtgemeinde Hall keine Meldung beim TGV eingelangt. Die städtischen Heime hätten etwas gemeldet: Von 114 Angestellten gebe es 29 Jobtickets. Die Stadt Hall habe an die 400 Mitarbeiter, da sei im TGV nichts eingelangt. Als nächsten Punkt habe man die Verhandlungsstärke bei sämtlichen Verträgen. Der TGV verhandle oft Rahmenverträge mit Dienstleistern und Lieferanten, wodurch die Stadt von günstigen Konditionen profitieren könne. Man biete eine enorme Hilfe bei Schulassistenzen, beim öffentlichen Nahverkehr, bei der Kinderbetreuung und den Ausgleichszahlungen. Das seien Leuchtturmprojekte. Er wisse nicht, mit wem man da immer rede, aber gewisse Geschäftsführer hätten gesagt, hoffentlich bleibe man dabei, weil die Hilfestellung durch den TGV durchaus sinnvoll und wichtig sei. Er habe jetzt eine ganze Litanei da, was durch den neuen Vorstand bereits umgesetzt worden sei, das könne er vielleicht später näherbringen. Lobbyarbeit, politischer Einfluss – das habe man auch schon gehabt. Der TGV wirke als starke Lobby. Von 277 Gemeinden seien 276 dabei, da habe man einen anderen politischen Einfluss auf Landes- und Bundesebene. Der Städtebund sei sicher nicht von Vorteil und nicht die Lösung des Problems. Den gleichen Stimmenanteil, den man im TGV habe, könne man in etwa auf den Städtebund umlegen, da habe derzeit nicht einmal Innsbruck ein Mitspracherecht auf sämtlichen Ebenen, weil das auf Bundesebene entschieden werde. Da werde im Osten entschieden, wo man durch die Finger schaue. Auch von großen Stadtgemeinden in Tirol habe er nicht die Rückmeldung erlebt, dass man dort in naher Zukunft an einen Austritt denke und einen Alleingang im Städtebund machen wolle. Der wichtigste Punkt für ihn sei die Solidarität, wobei der Bürgermeister angesprochen habe, dass dies für ihn eine andere Wichtigkeit habe. Bei einem Austritt werde der Ruf der Stadt Hall ganz klar, vor allem in den umliegenden Gemeinden, stark beschädigt. Man habe riesige Projekte, die auf einen zukommen würden, z.B. die Musikschule, was im nächsten TOP verhandelt werde; oder auch die Verkehrslösung in naher Zukunft. Wenn man da keine Partner habe und auch nicht geschlossen zum Land gehe, glaube er nicht, dass man dort dann nachgeben und zu Gunsten der Stadt Hall irgendwelche Entscheidungen treffen werde. Auf Grund von Gesprächen mit anderen Bürgermeistern aus der Umgebung sei die Zusammenarbeit mit der Stadt nicht immer sehr von Vorteil, weil man oft vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Da kämen dann einfach Fakten auf den Tisch. Da werde zu wenig kommuniziert. Der Bürgermeister habe gesagt, die Kommunikation mit dem TGV funktioniere nicht. Da habe er vom TGV direkt ganz andere Informationen. Es habe regelmäßige Treffen gegeben, sie seien sogar im Stadtrat gewesen. Sie hätten auch ein Telefon und seien jederzeit erreichbar. Er zumindest habe sie jederzeit erreicht. Der letzte Punkt sei das Thema Finanzen, weil das jetzt auch brisant die Stadt treffe. Der Mitgliedsbeitrag von glaublich € 15.000,00 sollte definitiv stemmbar sein, und man solle dann jegliche Mitgliedschaften der Stadt Hall mit Mitgliedsbeitrag überdenken. Dann müsse auch überprüft und die Frage gestellt werden, ob das überhaupt noch etwas bringe. Zum Beispiel beim Klimabündnis oder ähnlichem. Generell stärke die Mitgliedschaft beim TGV die Position der Stadt Hall klar. Das trage dazu bei, dass man Effizienz und Effektivität habe und mit den anderen Gemeinden klar und gut zusammenarbeiten könne. Kurzfristig gesehen möge die Entscheidung des Austritts ganz attraktiv sein. Wenn man dann aber in zwei, drei oder vier Jahren oder in

der nächsten Gemeinderatsperiode vielleicht überlege, dem TGV wieder beizutreten, mache man sich nicht nur regional zur Lachnummer, sondern sei auf dem gesamten Tiroler politischen Parkett eine Lachnummer. Wenn man da einmal hinausgehe, bleibe die Türe zu.

Bgm. Margreiter möchte richtigstellen, dass es nicht korrekt sei, wenn StR Tilg sage, dass seitens der Stadt die Klimatickets nicht gemeldet worden seien. Diese seien von der Personalabteilung hinsichtlich aller Dienstnehmer, auch der Heime, gemeldet worden. Diese Aussage von Stadtrat Tilg sei also nicht richtig.

StR Schramm-Skoficz bestätigt zunächst die Aussage des Bürgermeisters. Der TGV habe sich in den letzten Jahren keine Lorbeeren verdient. Sie wolle sich aber ihrem Vorredner anschließen, für sie sei es wichtig, Synergien zu nutzen. Man habe in Hall immer über den Kirchturm hinausschauen wollen. Man sei eine größere Gemeinde, umschlossen von kleineren Gemeinden, welche in irgendeiner Form die Hilfe, welche der TGV anbiete, brauchen würden. Der TGV habe sich – wie sie sich bei Nationalrats- und Landtagsabgeordneten erkundigt habe – sehr intensiv eingebracht, wenn es um Gesetzesvorhaben gegangen sei. Er habe immer für die Gemeinden gute Vorschläge gebracht. Wer solle das machen, wenn man ausgetreten sei? In Zeiten wie diesen, wo alle die gleichen finanziellen Probleme hätten, und wo vom Erfordernis der überregionalen Arbeit geredet werde, wie StR Tilg schon gesagt habe – Verkehr usw. -, und wo es interkommunale Initiativen gebe, würde sie einen Austritt fatal finden. Nur von innen könne man etwas ändern. In der Vergangenheit habe das vielleicht nicht immer so funktioniert. Es gebe ja mehrere Gemeinden mit Bürgermeistern von Namenslisten. Wenn man sich da zusammenschließe, bekäme man eine andere Gewichtung. Man solle mit den anderen Gemeinden Gemeinsamkeit leben, weshalb sie sich klar gegen einen Austritt ausspreche.

GR Sachers ist der Meinung, von StR Tilg und StR Schramm-Skoficz sei hier ein Idealbild eines Gemeindeverbandes skizziert worden. Das klinge alles wunderbar. Wenn man anschau, was in der Vergangenheit passiert sei, so sei nichts passiert. Papier sei geduldig. Am deutlichsten erkenne man die mangelnde Einsicht in die Problematik im vergangenen Jahr daran, dass die Wünsche des Bürgermeisters bezüglich einer Statutenänderung, welche man ja zum Großteil unterstützt habe, überhaupt nicht Eingang in das nun vorliegende Regelwerk genommen hätten. Ihr fehle das Vertrauen, dass das in Zukunft anders werde. Sie als Gemeinderätin von Hall fühle sich für die Haller Bevölkerung verantwortlich. Das sei ihr erstes Ansinnen. In Zeiten wie diesen, wo man überhaupt nicht absehen könne, wie sich die Haftungen für die GemNova weiterentwickeln würden, sei es absolut unverantwortlich, so weiter zu machen wie bisher.

Ersatz-GR Niedrist erinnert, dass er von 2016 bis 2022 Mitglied des Haller Gemeinderates gewesen sei. Er wisse nicht, wo der TGV gewesen sei, als man eine Verkehrslösung verhandeln habe wollen. So viel zum Lobbying. Das finde de facto nicht statt. Bezüglich der Lobbying-Arbeit gebe es beispielsweise einen Planungsverband, wo man an einer gemeinsamen Verkehrslösung arbeiten könne; das seien die betroffenen Umlandgemeinden. Da brauche man auch keinen TGV. Wie gut das Lobbying hinsichtlich der Umlandgemeinden mit dem TGV funktioniere: Was habe man denn in der Presse gelesen von den Umlandgemeinden zum Thema Musikschule, als man gesagt habe, man hätte gerne, dass diese mehr zahlen würden? Wo sei denn da das Lobbying des TGV? Er habe – zumindest seit 2016, zuvor habe er keine eigenen Wahrnehmungen – nie gesehen, dass sich der TGV irgendwann in einer Angelegenheit für die Stadt Hall stark gemacht habe – mit irgendwelchen Lieferanten-Verträgen. Er stelle sich auch die Frage, wie sich das weitergestalten solle. Es müssten da ja mehrere Bürgermeister einen Konsens finden, da werde es widerstreitende Interessen geben. Er glaube nicht, dass

der Thaurer Bürgermeister eine Freude damit haben werde, wenn man den Haller Verkehr über die Gemeinde Thaur umleiten würde.

GR Partl berichtet, dass sie sich damals, als das Desaster mit der GemNova aufgekommen sei, näher mit diesem Thema befasst habe. Sie habe sich damals bereits gedacht – dürfe sie das hier so sagen? –, was das für ein „Sauhaufen“ sei. Als man erstmals davon gehört habe, habe sie sich gedacht, wie könne denn so etwas passieren? Wer sei da verantwortlich? Dann sei man eigentlich recht gut informiert worden. Dann sei der neue TGV-Präsident zu einer Sitzung des erweiterten Stadtrates mit allen Fraktionen eingeladen worden. Er habe sich vorgestellt, sich eigentlich beworben und darum geworben, wie sie das jetzt alles anders und gut machen würden, wie das alles verändert werde. Er sei ihr vorgekommen wie ein Vertreter, der die Stadt im Verband drinnen behalten wolle und alles schönrede. Damals habe sie sich gedacht, jetzt müsse man schauen, was die jetzt so tun würden. Er habe auch viel Gutes gesagt, was sie tun wollten. Mit dem vorliegenden Entwurf der Satzungen und was man inzwischen gehört und was auch der Bürgermeister gesagt habe, sei sie der Meinung, da müsse man nicht dabei sein.

*Ersatz-GR Bilic spricht von zwei Herzen, die in ihrer Brust schlagen würden. Einerseits sei sie dafür, dass es eine Interessenvertretung gebe. Andererseits sei sie als Ersatz-Gemeinderätin für die Interessen der Bürger*innen der Stadt angelobt worden. Sie habe heute mit dem TGV-Präsidenten Schubert telefoniert, weil sie sich bezüglich der Konsequenzen eines Austritts informieren habe wollen. Dieser sei ganz ehrlich gewesen und habe gesagt, es gebe keine. Die Stadt Hall würde nicht sehr viel von dieser Interessenvertretung profitieren. Wie Ersatz-GR Niedrist zum Ausdruck gebracht habe, habe es seit 2016 – seit er dabei gewesen sei – nicht wirklich ein Lobbying gegeben. Das Lobbying könne es auch nur dann geben, wenn man sich selbst in diese Interessenvertretung einbringe. Und im Moment, wie in der Vergangenheit, habe es offenbar nicht viele Interessen gegeben, um sich hier einzubringen. Das sei auch in Ordnung. Wenn man jetzt austrete, passiere nichts. Der Eintritt stehe jederzeit wieder offen, weil man in dieser Interessenvertretung der Gemeinden eigentlich eine wichtige Kraft wäre. Man sei als Stadt Hall auch ein wichtiger Geldgeber. Sie habe sich eigentlich noch keine klare Meinung gebildet und schaue sich jetzt die Diskussion an, sie tendiere in eine Richtung. Man müsse sich aber auch der Konsequenz, welche für den TGV bei einem Austritt der Stadt Hall verbunden sei, bewusst sein. Man habe hier schon eine gewisse Vorbildwirkung. Wenn Hall gehe, mache man das Tor für andere große Gemeinden und Städte auch auf. Der Solidaritätsgedanke, den man jetzt ein bisschen hintanstelle - das habe schon eine Konsequenz. Andererseits werde es sich auch nicht ausgehen, wenn man jedes Mal das gleiche mache und hoffe, dass etwas anderes herauskomme. Man müsse sich dessen bewusst sein, dass man anderen Gemeinden die Türe aufmache, dass die mitgehen würden, wenn man sage, man solle nicht mehr solidarisch sein. Das könne damit enden, dass man keine Interessenvertretung mehr habe, welche insbesondere für die kleinen Gemeinden wichtig sei. Es könne aber auch in die andere Richtung gehen, dass man vielleicht vom Land her eine Interessenvertretung bekomme, welche kein privater Verein mehr sei und wo man nicht mauscheln und netzwerkeln könne, wie es einem gefalle. Diese zwei Sachen solle man schon im Kopf behalten.*

Vbgm. Hackl ist der Meinung, man müsse präzise bleiben. Die Aussage, die man schon gehört habe, nämlich, dass man mit GemNova aufpassen müsse, sei irrelevant. Die heute zu behandelnde Frage habe mit der „Haftungsfrage GemNova“ nichts zu tun. Ob man austrete oder nicht, entlasse einen nicht aus der Haftung. Der Bürgermeister werde das vielleicht noch ausführen, man habe daraus keinen Vorteil, wenn man jetzt austrete. Es gehe darum, ob man beim TGV bleiben wolle oder nicht. Der TGV sei eine Solidargemeinschaft für alle Tiroler Gemeinden. Er müsse diesbezüglich Ersatz-GR Niedrist widersprechen: Der TGV sei nicht dazu da, sich für eine Gemeinde stark zu

*machen. Die Verkehrsfrage, ob man einen Autobahnanschluss bekomme oder nicht, sei nicht Sache des TGV. Da gehe es eher um den Planungsverband, das sei nicht Sinn und Zweck einer solchen Organisation. Dass sich der Gemeindeverband für die Musikschullösung starkmachen sollte, stehe nie zur Debatte, das habe damit nichts zu tun. Der TGV sei dazu da, die Tiroler Gemeinden gegenüber übergeordneten Organisationseinheiten wie dem Land Tirol, dem Bund oder gegenüber der EU zu vertreten. Das sei die Aufgabe des TGV. Es habe immer das Beispiel dieser Klimatickets gegeben. Wo der TGV es verabsäumt habe, sich dafür einzusetzen, was das die Gemeinden kosten würde. Das sei eine ganz dringende Aufforderung gewesen, so etwas in Zukunft anders zu machen. Der TGV habe sofort reagiert und eine Erhebung gestartet - was bereits StR Tilg erwähnt habe -, welche Gemeinden hätten denn wie viele dieser Klimatickets bereits bezahlen müssen. Da sei immer das Beispiel die Runde gegangen vom Schulwart, der im Schulgebäude wohne und dem man das Klimaticket zahlen müsse. Er wisse nicht, ob das wahr sei und in der Stadtgemeinde Hall zutreffe. Jetzt habe der TGV diese Klimatickets, diese Jobtickets zum 30.6. erhoben. Er habe heute von der Geschäftsstelle des TGV die Zahlen angefordert. Da habe es geheißen, die Stadtgemeinde Hall habe sich auf dieses Schreiben nicht zurückgemeldet. Es hätten sich sehr wohl – das stehe in den Unterlagen, da habe er wirklich nachgefragt, er habe auch beim Präsidenten Karl Josef Schubert noch einmal nachgefragt, – die Wohn- und Pflegeheime der Stadt Hall gemeldet: 114 Bedienstete und 29 Stück dieser Klimatickets wären beantragt worden, wobei bei 4 Bediensteten das mit dem Fahrtkostenzuschuss gegengerechnet worden sei. Das sei die Information, die vorliege. Er wisse nicht, ob nachher was gemeldet worden sei. Bis zum 30.6., wo der TGV das erhoben habe, habe es keine Rückmeldung gegeben. Das klare Ziel des TGV sei gewesen, mit dem VVT eine Refundierung im Umwegverfahren über die Beiträge, welche die Gemeinden zum VVT zahlen müssten, zu ermöglichen. Die Stadtgemeinde Hall – laut Informationen, welche er heute eingeholt habe – habe sich auf diese Anfrage nie gemeldet. Das könne er nur so sagen, wie er es gemeldet bekommen habe. Man stimme ab, ob man aus dem TGV austreten solle. Der TGV koste natürlich etwas, es gebe einen Mitgliedsbeitrag von € 1,35 pro Bürger, was keine zu vernachlässigende Summe sei. Man berate wöchentlich im Finanzausschuss über geringere Summen, ob man einem Verein eine Subvention zuerkennen könne oder nicht. Die Kasse sei leer, da seien diese € 13.000,00 oder € 15.000,00 schon viel Geld. Aber der TGV leiste auch etwas für die Stadt. Im Zuge der Verhandlungen für den Finanzausgleich habe man beispielsweise – wie er heute Informationen eingeholt habe - € 75 Mio. für 2024 mitverhandelt. Für 2025 gebe es € 72 Mio. für die Gemeinden. Man könne sagen, das sei Wurst und das interessiere nicht, man bekomme das ja sowieso, die würden auch verhandeln, wenn man nicht dabei sei. Wenn man davon profitiere, solle man das aber auch stützen. Auszutreten und zu sagen, man könne wieder eintreten, sei nicht ganz wahr, weil man wieder einen Gemeinderatsbeschluss fassen müsse, um bis zum 31.12. einzutreten. Er schaue sich an, ob man das zusammenbringe. Der Städtebund habe das Modell mit den gewichteten Stimmen. Da sei man als Stadt Hall eine kleine Wurst im Städtebund. Da würden die großen Städte im Osten bestimmen und Hall hätte gar nichts zu sagen. Der Bürgermeister sage, wenn man sich als Tiroler zusammentäte mit den einzelnen Gemeinden, hätte man 400.000 Einwohner*innen. Das sei die Hälfte von Graz, da habe man gar nichts zu sagen. Das bringe nicht viel. Besser verhandle schon der TGV auf Tiroler Seite. Und dazu der Städtebund – er denke, man solle bei beiden Vereinigungen dabei sein.*

Bgm. Margreiter möchte replizieren, dass die 400.000 Einwohner natürlich auf Tirol gemünzt seien. Man müsse den Vergleich zwischen Tiroler Gemeindeverband und der Landesgruppe Tirol des Städtebundes heranziehen und nicht beim einen die österreichische Relation und beim anderen nur die Tiroler Relation. Das Thema Klimaticket sei hoch interessant: Er habe nämlich direkt mit dem VVT verhandelt und bildhaft gesagt, man zahle das Schnitzel nicht zweimal. Das werde nun in diesen

Verhandlungen berücksichtigt. Ihn würde interessieren, welches Ergebnis der TGV beim VVT erreicht habe. Verhandle der TGV noch, oder habe er schon ein Ergebnis? Das seien so Ankündigungen, „sie würden verhandeln“. Aus seiner Sicht entbinde das nicht von der Pflicht, selbst zu verhandeln und selbst etwas zu unternehmen. Er wolle da auf das Musikschulgesetz verweisen. Als der Entwurf der Novelle des Musikschulgesetzes gekommen sei, habe er sich gleich mit der zuständigen Landesrätin Hagele zusammengesetzt und gesagt, was aus seiner Sicht nicht passe. Das sei dann im Musikschulgesetz auch tatsächlich anders geregelt worden. Er habe das dem TGV zwar auch geschickt, das dann aber doch selbst verhandelt. Die Frau Landesrätin weise bei Verhandlungen auch immer darauf hin, dass das von ihm eingebracht worden sei. Die hauptsächliche Verantwortung, die Interessen dieser Gemeinde zu vertreten, liege bei der Stadt selbst und nicht bei irgendeinem Gemeindeverband. Von der Verantwortung werde man sich nicht erlösen können, und das wolle er auch nicht. Er wolle das Schicksal der Stadt im Wesentlichen schon selbst in der Hand haben. Noch einmal zum Klimaticket: Wie er gehört habe, sei das von der Personalabteilung durchaus an den TGV gemeldet worden.

GR Schirak möchte nicht die Arbeit des TGV beurteilen; generell finde er Vertretungen nicht schlecht. Man habe sehr viele gute Sachen gehört, welche gemacht worden seien, man habe aber auch eher sinnlose Sachen gehört. Zu seiner Beurteilung seien eigentlich nur die Statuten vorgelegen. Darüber könne er sich eine Meinung machen. Wenn man diese anschau, könne er diesen nicht zustimmen. Die seien nicht transparent, die seien ausgrenzend und teilweise nicht nachvollziehbar. Die Ausgrenzung sei bekannt, da gehe es um Parteien, welche im Landtag oder Nationalrat vertreten seien. Das sei eine klare Ausgrenzung. Wobei er sich jetzt schon sicher sei, dass das in drei Jahren geändert werde, wenn sich die politischen Kräfte weiterhin so verschieben würden. Ein großer Punkt seien die Gehälter. Es stehe drin, dass der Vorstand beschließe, was er an Gehältern ausbezahlt bekomme. Da stehe drinnen, dass Aufwandsentschädigungen möglich seien. Er wolle wissen, welches Geld da fließe. Dass da früher gute Summen geflossen seien, würden alle wissen. Man wisse vom Präsidenten, welchem ein Landtagsabgeordnetengehalt zzgl. Klubstatus ausgezahlt worden wäre, der aber auf den Obolus verzichtet habe. Man wisse, auch da gebe es verschiedene Gehälter: Es gebe das Gehalt des Landtagsabgeordneten, der arbeite, und für jene, welche hauptberuflich Landtagsabgeordnete seien. Man könne sagen, man stimme dem Statut zu und damit, dass die sich Gehälter ohne Ende auszahlen könnten. Er aber wolle wissen - wenn er zustimme -, welches Geld fließe. Zum Austritt sei auszuführen, dass ein Verein mit Selbstvertrauen seine Mitglieder nicht zu einer Austrittsfrist von über einem Jahr zwingen. Es könnten ja jetzt Sachen beschlossen werden, die man nicht haben wolle, und mit denen man dann ein Jahr unglücklich sein müsse. Wenn man Selbstvertrauen habe, bleibe man bei der Regelung, wie sie jetzt gelte. Als lustige Anekdote erachte er, dass der Landesgeschäftsführer sich dann Direktor nennen dürfe. Das seien ja uralte Floskeln. Bezüglich der Finanzen stehe drin, dass sich der TGV auch aus Subventionen der Gemeinden finanzieren werde. Das finde er auch ganz spannend. Jetzt gebe es schon Mitgliedsbeiträge, und Subventionen sollten auch noch fließen. Der Mitgliedsbeitrag sei eigentlich auch eine Art Subvention. Wie eine Vorrednerin schon gesagt habe, schaue man zuerst, dass man Subventionen in der Stadt verteilen könne. Wenn etwas übrigbleibe, könne man dann gerne darüber reden. Er könne den nun vorliegenden Statuten so nicht zustimmen, weshalb er dafür sei, auszutreten.

Bgm. Margreiter erwähnt, er habe bezüglich der Statuten einige Anrufe von Bürgermeisterern gehabt. Einige hätten gesagt, zwar nicht austreten zu wollen, aber voraussichtlich den Statuten nicht zuzustimmen.

GR Bucher-Innerebner ist im Hinblick auf die Äußerungen von StR Tilg und Vbgm. Hackl verwirrt. StR Tilg habe gesagt, wie wichtig der TGV für den Verkehr sei, weil der das regeln würde. Wenn sie das richtig verstanden habe, habe Vbgm. Hackl hingegen

erklärt, dass dafür der Planungsverband zuständig sei. Könne man das bitte näher erklären?

Bgm. Margreiter möchte die Debatte nicht abwürgen, verweist aber auf die bereits fast einstündige Diskussion über dieses Thema. Es werde sich bald der ORF Tirol bei ihm melden, der über das Ergebnis dieser Beratungen in „Tirol heute“ berichten wolle, was auf den Fortgang der Debatte natürlich keine Auswirkung habe.

GR Viertl äußert, man habe die Statuten bekommen, um zu überlegen, ob man aus dem TGV austrete oder nicht. Es gehe aber prinzipiell darum, ob das eine Institution sei, bei der man bleiben wolle oder nicht. Einige Kriterien in diesen Statuten seien aus seiner Sicht nicht in Ordnung. Der Bürgermeister möge ihn korrigieren, wenn er etwas falsch im Kopf habe, aber der nunmehrige TGV-Präsident Schubert sei seinerzeit im Lenkungsausschuss der GemNova gewesen und somit im Kontrollorgan tätig. Wenn man dazu eingesetzt sei, solche Dinge zu kontrollieren, müsse er die Pleite und die weiteren Begleitumstände miterlebt haben. Nun sei er nach dieser doch markanten Pleite Präsident der Institution, welche zu einem Zeitpunkt Haftungen für die GemNova übernommen habe, wo eigentlich bekannt gewesen sein müsste, dass man das nicht mehr tun könne. Die GemNova erachte er schon als wichtigen Punkt, weil diese ein Millionenloch sei. In letzter Konsequenz seien hier von einer Vereinigung Entscheidungen getroffen worden, welche wahrscheinlich zu wenig Kompetenz besessen habe, frühzeitig die Zeichen zu erkennen - was nun der Steuerzahler bezahlen solle. Das könne es aber nicht sein in diesem Land, dass immer der Steuerzahler der letzte in der Nahrungskette sei, der für Schäden aufkommen müsse, welche irgendjemand irgendwo verbrochen habe. Bezüglich des Themas Solidarität sei es ein interessantes Phänomen in Österreich, dass immer der Andere wichtiger sein solle als der Eigene. Wenn es darum gehe, auf einen anderen schauen zu müssen, sei man immer der Gutmensch und da mache man, was man könne, um dem zu helfen und ihn zu unterstützen. Auf die eigenen Leute schaue man aber nicht. Ob man jetzt € 15.000,00, € 30.000,00 oder noch mehr an Mitgliedsbeitrag zahle – er sei ehrlich dafür, dass man zunächst auf die eigenen Leute schaue. Er wolle nicht vor die Haller Vereine hintreten und denen sagen, dass man diesen wieder die Subventionen kürzen müsse, weil man das Geld nicht habe. Er wolle nicht dafür verantwortlich zeichnen, dass man pflegebedürftigen Menschen keinen Pflegeplatz zur Verfügung stellen könne. Er wolle sich nicht ständig mit Vbgm. Schmid „matchen“, dass man zu wenig Kinderbetreuungsplätze habe, weil man sie sich nicht leisten könne. Aber man habe offenbar genug Geld, um einen Verband zu fördern, der in der Vergangenheit aus seiner Sicht nicht wirklich unter Beweise gesellt habe, dass er für die Stadt Hall Gutes getan habe. Ganz im Gegenteil koste dieser Moloch nun einen Haufen Geld. Und jetzt kämen die daher und wollten noch einen Euro pro Einwohner mehr, wie der Bürgermeister ausgeführt habe, weil man die Büroräumlichkeiten sanieren müsse. Da verstehe er die Welt nicht mehr ganz. Er werde den Austritt definitiv unterstützen, weil man einmal ein Zeichen setzen müsse. Weil von der Solidarität gesprochen worden sei: Manchmal müsse man das Rückgrat haben und auch einen unattraktiven Schritt setzen, weil man dann vielleicht Dinge in Bewegung setze, was dann wirklich zum Besseren führe. Immer dieselben ausgetrampelten Pfade zu gehen, da könne man nicht erwarten, dass man bei einem anderen Ziel herauskomme, wenn man nicht einmal bereit sei, einen Schritt in eine andere Richtung zu machen.

Bgm. Margreiter möchte sich noch zu den Ausführungen von Vbgm. Hackl zu den Haftungen äußern, welche im Zusammenhang mit einem Austritt kein Thema seien. Es sei nicht deshalb richtig, dass ein Austritt nichts nütze, weil man sowieso haften würde. Im Gegenteil würde man tatsächlich so oder so nicht haften. Die Stadt sei immer nur Vereinsmitglied gewesen und Vereinsmitglieder würden grundsätzlich nicht für die Schulden ihres Vereines haften. Auch wenn der Verein überschuldet in Insolvenz geraten würde, seien die Vereinsmitglieder nicht verpflichtet, die Schulden zu zahlen. Eine Haftung einzelner Gemeinden für Schulden der GemNova könne sich nur dann

ergeben, wenn diese Gemeinden von der GemNova Leistungen zu nicht marktüblichen, nämlich viel zu tiefen Preisen bezogen hätten. In so einem Fall könne der Masseurwalter diese Gemeinden in diesem Umfang in Anspruch nehmen. Das spiele für ihn hier überhaupt keine Rolle, weil man nämlich von vornherein nicht hafte. Auch wenn man Mitglied bleiben würde, würde man nicht haften. Wenn man Mitglied bleibe, sei man natürlich erforderlichen Mitgliedsbeitragserhöhungen ausgesetzt, welche auf jeden Fall notwendig sein würden, wenn man den TGV – wenn er tatsächlich mit diesen € 9 Mio. konfrontiert würde – retten würde. Dann müsste jedes Mitglied im Durchschnitt € 30.000 auf den Tisch legen. Hall würde das natürlich verhältnismäßig mehr treffen. Das sei, wie gesagt, aber kein Thema.

Vbgm. Hackl bedankt sich für diese Klarstellung. Er wolle GR Schirak in einem Punkt berichtigen. Der Vorstandsvorstand sei unpolitisch. Dieser setze sich bezirksweise aus den Bürgermeisterinnen zusammen, da werde nach der Bevölkerungsanzahl aufgeteilt. Das bedeute für den Bezirk Innsbruck-Land acht von 30, für Kitzbühel und Imst je drei, für Kufstein fünf, usw. Die Vorstandsmitglieder würden durch die Bezirksbürgermeisterversammlung nominiert; wie in Innsbruck-Land etwa der Wattener Bürgermeister, der keiner politischen Partei zuordenbar sei. So werde das auch in Zukunft geregelt sein. Auf den Einwurf von GR Schirak, er habe sich auf das Präsidium bezogen, entgegnet Vbgm. Hackl, das sei etwas anderes, für zwei der Vizepräsidenten gebe es eine politische Vorgabe.

StR Tilg möchte klarstellen, dass es heute um den TGV und nicht um die GemNova gehe. Er beziehe sich noch einmal auf das Thema Solidarität. Wenn man austrete, werde man in Zukunft alleine dastehen, man werde keine Verbündeten mehr haben. Mit einem Austritt würde man den TGV nachhaltig schädigen. Man solle über eine Gemeinderatsperiode hinausdenken, weshalb er darum ersuche, die Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Ersatz-GR Bilic ist der Meinung, wenn man damit argumentiere, dass es nicht um das überregionale Zusammenarbeiten gehe, sondern darum, wie der TGV aufgestellt sei, sei das tatsächlich kritisch zu betrachten, das könne man nicht einfach wegwischen. Das sei ein Verein, der offenbar schon seine eigenen Kassenregeln schreibe, welche nicht sehr zur Partizipation einladen würden. Der sei offenbar eher auf parteipolitische Zusammenarbeit ausgelegt. Wenn man es ganz nüchtern betrachte, profitiere man von der Interessenvertretung auch dann, wenn man kein Mitglied sei. Was da ausgehandelt werde, werde auch die Stadt Hall betreffen. Wenn man die Brücken zu den Umlandgemeinden nicht abreiße, mit denen man in anderen Verbänden ja auch zusammenarbeite, werde man sicher nicht „durchs Dorf gejagt“.

Bgm. Margreiter erläutert, dass er in seinem Schreiben, in dem er gegenüber dem TGV seine Vorschläge unterbreite habe, ausdrücklich klargestellt habe, dass es insbesondere um die Struktur gehe. Es sei für ihn auch der gravierendste Punkt, dass keine Bereitschaft bestehe, diese Struktur wirklich zu verändern. Er wolle sich aber nicht wiederholen.

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Stimmen gegen 5 Ablehnungen (Vbgm. Hackl, StR Tilg, GR Kolbitsch, StR Neuner, StR Schramm-Skoficz) mehrheitlich angenommen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen und um 19:05 Uhr fortgesetzt.

zu 2. Kündigung des Musikschulvertrages 2008 mit den Vertragsgemeinden betreffend die Städtische Musikschule Hall in Tirol

ANTRAG:

Der Gemeinderat genehmigt die Aufkündigung des Musikschulvertrages (betreffend die „Städtische Musikschule Hall in Tirol“) aus dem Jahr 2008 mit den Gemeinden Absam, Ampass, Gnadenwald, Mils, Thaur und Tulfes auf den 30.09.2025 und gleichzeitig die erfolgte Kündigung dieses Vertrages durch den Bürgermeister mit dessen Schreiben und E-Mail an die Vertragsgemeinden vom 27.09.2024.

BEGRÜNDUNG:

Der Bestand und die Finanzierung der Städtischen Musikschule Hall in Tirol sind maßgeblich von der Haltung der Tiroler Landesregierung zu Musikschulen der Gemeinden und von deren Förderung abhängig. Zwar konnte wiederum eine Fördervereinbarung mit dem Land Tirol abgeschlossen werden, diese ist jedoch lediglich auf ein Jahr befristet und endet mit 01.01.2026. Weitere Entwicklungen können derzeit nicht abgeschätzt werden. Allen ist klar, dass die stets steigenden Ausgaben, welche nicht mit adäquaten Erhöhungen der Förderungen einhergehen, unsere Gemeindehaushalte beständig belasten. Deshalb hat Herr Bürgermeister Dr. Margreiter in den vergangenen Wochen auch Gespräche betreffend die mögliche Zukunft der Städtischen Musikschule Hall geführt.

Nachdem eine dauerhafte Förderung unserer Musikschule nicht garantiert werden kann, die Stadtgemeinde Hall in Tirol aber in Hinblick auf die exorbitant gestiegenen Kosten ohne entsprechende Förderung durch das Land den Betrieb der Musikschule auf Grundlage der bestehenden Vereinbarung mit den Gemeinden (Musikschulvertrag) nicht bedingungslos gewährleisten wird können, sah sich Herr Bürgermeister Dr. Margreiter – aus Gründen vorausschauender Vorsicht – gezwungen, vom Kündigungsrecht der Stadtgemeinde Hall in Tirol insofern Gebrauch zu machen, als der aus dem Jahr 2008 stammende Musikschulvertrag mit den Gemeinden Absam, Ampass, Gnadenwald, Mils, Thaur und Tulfes mit Schreiben und E-Mail vom 27.09.2024 auf den 30.09.2025 aufkündigt wurde, um diese Angelegenheit nicht ins Jahr 2026 zu ziehen.

Gleichzeitig wurde den Vertragsgemeinden in Aussicht gestellt, ihnen zeitnah einen Vorschlag zur einvernehmlichen Abänderung des bestehenden Musikschulvertrages zu übermitteln und diesbezüglich wieder zu Gesprächen einladen. Jedenfalls ist der Betrieb der Musikschule für das Schuljahr 2024/25 gesichert, und Herr Bürgermeister Dr. Margreiter ist überzeugt, dass auch darüber hinaus eine Lösung gefunden werden kann.

Aus diesen Gründen wird die Kündigung des gegenständlichen Vertrages mit 30.09.2025 genehmigt, wie auch die erfolgte Kündigung durch den Bürgermeister.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

*Bgm. Margreiter erläutert, dass man mit den Gemeinden Absam, Ampass, Gnadenwald, Mils, Thaur und Tulfes seit dem Jahr 2008 den geltenden Musikschulvertrag habe, in dem insbesondere die Ermittlung der Kopfquoten, also jener Beträge, welche die Gemeinden für die Schüler*innen zu bezahlen hätten, geregelt sei. Basis für diesen Musikschulvertrag sei die Tatsache gewesen, dass das Land Tirol die städtische Musikschule entsprechend dem Musikschulgesetz fördere. Das sei in der Vergangenheit auch langfristig geschehen. Im Jahre 2023 habe man begonnen, die Stadt Hall anzuregen, der Landesmusikschule beizutreten. In diesem Zusammenhang sei im Jahr 2023 zunächst ein vertragsloser Zustand mit dem Land gewesen, wo schlussendlich*

doch circa 45% der Personalkosten gefördert worden seien. Mit der im letzten Gemeinderat behandelten Fördervereinbarung werde das laut Musikschulgesetz höchstmögliche Ausmaß, nämlich 50% der Personalkosten, gefördert. Dies nach entsprechenden Verhandlungen der Stadt mit dem Land. Allerdings sei diese nur auf ein Jahr befristet. Nach Ablauf dieses Jahres hänge man bezüglich der Förderung wieder in der Luft. Daher sei man gezwungen gewesen, den bestehenden Musikschulvertrag mit den Vertragsgemeinden aufzukündigen. In dem Vertrag sei nämlich eine Kündigungsfrist von einem Jahr und der Kündigungstermin auf Ende September festgeschrieben, sodass die Kündigung mit Ablauf des kommenden Musikschuljahres rechtsgültig werde. Aufgrund dieses Fristenlaufens sei er gezwungen gewesen, diese Kündigung so schnell als möglich auszusprechen. Er habe diesbezüglich mit allen Fraktionsführer*innen Rücksprache gehalten, welche das auch so gesehen und begrüßt hätten. Er habe dann auch mit den betroffenen Gemeinden gesprochen und schon Besprechungen gehabt, wie es weitergehen solle. Er habe von den Bürgermeister*innen den Auftrag bekommen, diesbezüglich mit der zuständigen Landesrätin weiter zu verhandeln um zu schauen, wie man die Förderung für die Zukunft sichern könne, um auf dieser Basis einen neuen Vertrag mit den Gemeinden abschließen zu können. Ein neuer Musikschulvertrag müsse aber jedenfalls mehr Belastungen für die anderen Vertragsgemeinden mit sich bringen. Derzeit müsse die Stadt für 350 Schüler*innen einen Abgang von rund EUR 760.000,00 verkraften, während für gut 650 sonstige Schüler*innen aus den Vertrags- und anderen Gemeinden insgesamt nur Beiträge von EUR 400.000,00 geleistet würden. Das sei ein massives Missverhältnis, welches so nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Erschwert werde die Angelegenheit dadurch, dass das Land Tirol das einzuhebende Schulgeld betragsmäßig vorgebe. Grundsätzlich wäre man eine private Schule und könne theoretisch an Schulgeld verlangen, was man wolle. Die Förderbestimmungen des Landes würden aber vorsehen, dass man diese Förderung als private Musikschule nur dann bekomme, wenn man das Schulgeldregime des Landes akzeptiere. Dieses Schulgeldregime habe einen großen Nachteil, nämlich eine Wertsicherung von lediglich 2% in zwei Jahren. Das Verhältnis werde durch die Inflation von gut 10% im letzten Jahr weit auseinandergerissen. Er habe heute in der Sitzung des Planungsverbandes Innsbruck und Umgebung erfahren, dass der Musikschulbeirat zum Entschluss gekommen sei, das Schulgeld massiv zu erhöhen, was natürlich zu einer erhöhten Belastung der Eltern beziehungsweise jener Erwachsenen führen werde, die sich selbst eine Musikschiulausbildung gönnen wollten. Das sei aber nicht eine Inflationsabgeltung. Wie genau das ausschaue, wisse man noch nicht. Derzeit würden die Schulgeldeinnahmen in etwa 28% des tatsächlichen Aufwands abdecken. Jetzt gehe es um die Kündigung des Musikschulvertrages mit den Gemeinden. Das sei unbedingt notwendig gewesen, um nicht in eine Situation zu gelangen, dass man aufgrund des Musikschulvertrages zu Leistungen verpflichtet sei, welche man allenfalls ohne Förderung des Landes erbringen müsste, wodurch man etwas in eine erpressbare Situation gelangen könne. Das gelte es zu vermeiden.

Beschluss:

Der Antrag wurde einstimmig genehmigt.

zu 3. Anträge, Anfragen und Allfälliges

3.1.

*GR Schirak berichtet, dass das Stadtbauamt heute eine E-Mail hinausgeschickt habe mit einer Einladung zum **Workshop „Dynamische Ampellösung“**. Er wolle ergänzen, dass das keine „lustige Runde“ sei, wo man sich zusammenhocke und ein bisschen etwas rede. Da seien drei Planer dabei, welche sich darüber durchaus Gedanken machen würden. Weiters seien zwei Mitarbeiter des Landes dabei. Das sei also nicht nur ein Treffen von Gemeinderäten, sondern es seien externe Fachleute involviert.*

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Dr. Margreiter die Sitzung um 19:30 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

StADir. Dr. Bernhard Knapp

Dr. Christian Margreiter

Die Protokollunterfertiger:

StR Neuner

GR Henökl^{*)}

**) Nachdem Frau GR Irene Partl zwischenzeitlich aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist, wird stattdessen von ihrer Gemeinderatspartei Herr GR Michael Henökl als Protokollunterfertiger herangezogen.*